

Resolution der Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg vom 22.11.2012

Die Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg empfiehlt dem Vorstand der KVH, die Verhandlungen zum Honorarvertrag 2013 mit den Krankenkassen in Hamburg für gescheitert zu erklären. Die Vertreter kündigen an, daß sie die Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen vor dem Schiedsamt mit adäquaten Maßnahmen unterstützen werden.

Begründung:

Für das Jahr 2013 sind die Honorarverhandlungen durch das „Versorgungsstrukturgesetz“ wieder in die regionale Kompetenz gegeben worden. Die KV Hamburg will diese Kompetenz nutzen, um Versorgungsprobleme, die durch die „vier verlorenen Jahre“ der Zentralisierung entstanden sind, zu lösen. Sie hat deshalb begründete Forderungen aufgestellt

- nach einem Zuschlag auf den Orientierungspunktwert, um die besondere Kostenbelastung in Hamburg zu kompensieren,
- nach einer Förderung der haus- und fachärztlichen Basisversorgung,
- nach einer Ausdeckelung der psychotherapeutischen Honorare und einer kostenneutralen Bereinigung und
- nach Förderung einer Reihe von einzelnen Leistungen durch Herausnahme aus der budgetierten Gesamtvergütung.

Die Krankenkassen haben hierüber keine ernsthaften Verhandlungen geführt. Sie verlangen von der KV, diese müsse vor Eintritt in die Verhandlungen(!) bereits eine Obergrenze des Gesamtzuwachses akzeptieren. Dies ist ein Affront sondergleichen. Ein solches Diktat widerspricht nicht nur allen Gepflogenheiten für Verhandlungen, das Finanzvolumen wurde darüber hinaus noch nicht einmal spezifiziert, so daß von der KV verlangt wurde, die „Katze im Sack“ zu kaufen. Auch die stereotypen Verweise der Krankenkassen auf den „Kompromiß“ auf der Bundesebene, der das zu verteilende Geldvolumen verbindlich vorgebe, geht an den Realitäten vorbei: Die Kassen selbst hatten in den Diskussionen des Bewertungsausschusses mehrfach darauf hingewiesen, daß die Ergebnisse der Bundesebene von den KVen aufgestockt werden würden. Der Bewertungsausschuß kann nur Empfehlungen abgeben, die von den Partnern der Gesamtverträge auf Landesebene verhandelt werden müssen.

Da die Hamburger Krankenkassen sich auf skandalöse Weise ihrer Verantwortung für die Versorgung der Bevölkerung entzogen haben, bleibt der KV Hamburg keine andere Möglichkeit, als ihre berechtigten Forderungen vor dem Schiedsamt durchzusetzen. Die Vertreterversammlung wird die Entwicklung sorgsam beobachten und die Position der Ärzte und Psychotherapeuten auch durch öffentlichkeitswirksame Maßnahmen bekräftigen.

Hamburg, 22.November 2012